

Förderprogramme schon ausgeschöpft

Leere Fleischtöpfe



Ob Marktanreizprogramm für Solarwärmeanlagen und Biomasseheizungen, Energieeinsparberatung oder KfW-Kredite im Rahmen der Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ – die Fördermittel haben dieses Jahr reißenden Absatz gefunden. Auch wenn es wegen der Regierungsneubildung und der vorläufigen Haushaltsführung zu Jahresbeginn Startschwierigkeiten gab, die Verbraucher haben auf ihre Berater und öffentliche Aufrufe gehört und fleißig Anträge geschrieben. Auch Energiepreise, Energiepoker und eine allgemeine Konjunkturerholung haben dazu beigetragen.

Offiziell waren die Gelder für die Vor-Ort-Beratung als erste vergeben, die Förderung wurde aber nur ausgesetzt. Seit dem 17. Juli nimmt das zuständige Bundesamt für Wirtschaft- und Ausfuhrkontrolle keine Anträge mehr an. Gesuche, die es einen Tag früher ins Amt schafften, erhalten noch Förderung nach der bisherigen Richtlinie. Inzwi-

Dem Förderprogramm für Solaranlagen und Biomassekessel ist erneut das Geld ausgegangen. Die Branche fordert ein „Regeneratives Wärmegesetz“.

Umlagefinanziert soll das favorisierte „Bonusmodell“ durch Besteuerung der fossilen Energien, insbesondere von Heizöl und Erdgas, die Kassen füllen.

schien wird an einer neu gefassten Vorschrift gearbeitet. Angekündigt ist sie für „bis Ende August“. Wesentlicher Bestandteil soll ein erheblich geändertes und vereinfachtes Verwaltungsverfahren mit IT-Unterstützung sein. Im Laufe des Jahres sollen elektronische Antragstellung sowie die Einreichung von elektronischen Verwendungsnachweisunterlagen hinzukommen. Beim BAFA richtet man sich also auf eine langfristige Fortführung der geförderten Energieeinsparberatung ein. Über die finanzielle Ausstattung schweigt man sich aber bisher aus.

Tatsächlich waren die Gelder beim Marktanreizprogramm wesentlich früher aufgebraucht. Der Förderstopp wurde zwar erst am 15. August verkündet, aber rückwirkend. Im Bundesumweltministerium (BMU) hatte man offensichtlich völlig die Übersicht verloren. Auch die zweimalige Reduzierung der Förderzuschüsse brachte Anträge und verfügbares Fördervolumen nicht ins Gleichgewicht (siehe auch Artikel auf Seite 28). Bisher gilt nur für Förderanträge vor dem 1. Juni die Förderung als sicher und das auch nur, weil per Richtlinienänderung am 21. Juni die Zuschüsse rückwirkend für Anträge ab dem 1. Februar um bis zu 50 % gestutzt wurden. Eine 20-%-Kürzung wurde schon einmal im März verkündet. Beide waren nur Flickwerk. Rechtzeitig reagiert, hätte man mehr

Anlagen mit geringeren Zuschüssen fördern und gleichzeitig den Markt schonend von hohen Zuschüssen entwöhnen können. Jetzt hoffen alle, dass die Stop-and-go-Förderung die Nachfrage nicht zu sehr abschwächt.

Und auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) warnt schon. Noch wird es wie ein Sieg verkauft, aber die Vorzeichen sind unverkennbar: Mit 4,7 Mrd. Euro haben sich die Kreditzusagen in den wohnungswirtschaftlichen Förderprogrammen zur Energieeinsparung und CO₂-Minderung im 1. Halbjahr 2006 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als vervierfacht. Insgesamt wurden 188 000 Wohnungen im Bestand sowie die Errichtung von 37 100 Energie sparenden Neubauten mit günstigen Finanzierungen unterstützt. Zwischenzeitlich wurden mehrmals die Zinskonditionen und die Tilgungszuschüsse verschlechtert. Nur ein Teil davon ist mit den normalen Marktanpassungen zu begründen. Der Rest ist Nachfragedämpfung.

Wie das gestrandete Marktanreizprogramm 2007 fortgeführt wird, ist zurzeit nicht klar. Irgendwann soll ja auch das Regenerative Wärmegesetz (siehe TGA 7-2006, Seite 20) kommen. Erste Wortmeldungen zeigen bereits, dass man keinesfalls überall davon begeistert ist. Selbst Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (dena), äußerte in einem Interview gegenüber dem E.on Ruhrgas Magazin „gasette“ (Ausgabe 2-06), dass er neben den existierenden Förderinstrumenten keine zusätzlichen Fördermaßnahmen für erforderlich halte.

Seine Interviewpartner wird die „Unterstützung“ gefreut haben. Schließlich sieht eines der vier vorgeschlagen Modelle vor, dass die Händler für fossile Energien die Fleischtöpfe für die Förderung erneuerbarer (Wärme-)Energien füllen sollen. Unterstützen werden diese das „Bonusmodell“ nicht. Dagegen sprechen aber nicht nur die Quasibesteuerung und der Bürokratieaufwand: Statt Biomasse in ihrer Ursprungsform zu verbrennen, möchte man sie lieber veredeln und den eigenen Produkten beimischen. Das verschafft Heizöl und Erdgas ein grünes Image und hält die Kunden bei der Stange. Was technisch weitgehend gelöst ist, hat nur einen Haken: Die (deutsche) Biomasse reicht nicht für beide Systeme. Erbitterte Auseinandersetzungen sind daher vorprogrammiert.

Ihr

Jochen Vorländer, Chefredakteur TGA Fachplaner